

zum vollständigen Bruch mit unserer bisherigen Politik und innerpolitisch zu kämpfen führt, die wir einfach nicht ertragen können. Auch nach dem 7. Dezember hat jede praktische Politik zur Voraussetzung, daß wir alle arbeitswilligen Kräfte des Parlaments zusammenlassen, zur positiven Arbeit am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Deutschlands.

Die Staatsform ist für Deutschland in der Weimarer Verfassung festgelegt und diese Staatsform ist die Republik. Wenn wir unsere Kräfte nicht in unfruchtbaren inneren Kämpfen vergeuden wollen, müssen wir uns damit abfinden, daß der Wiederaufbau Deutschlands durch die deutsche Republik erfolgt. Das heißt nicht, daß nun alle, die noch in ihrem Herzen der alten Staatsform anhängen, heute ihren alten Idealen abschwören sollen. Das verlangt keiner von ihnen: Das heißt aber, daß alle, ohne Ausnahme, sich endlich auf den Boden dieser durch die Verfassung gegebenen Tatsachen stellen müssen und dem neuen Deutschland gegenüber nicht eine Haltung einzunehmen dürfen, welche in dem alten Deutschland für einen Republikaner undenkbar gewesen wäre.

Entlastung für General Rathaus

Suttgart, 25. November. Als wichtiger Entlastungszeuge für den General von Rathaus tritt der Bibliotheksvorstand im Württembergischen Landesgerichtsamt Dr. Karl von Seeger auf, der seinerzeit Quartermaster beim Armeesoberkommando 4 war. Seeger sagt aus, daß der General stets die einfachsten Quartiere bevorzugt habe, um das feindliche Eigentum möglichst vor Abnutzung zu schonen. Schon dadurch wird die Anklage hinfällig, daß General von Rathaus beim Aufbruch des A. O. R. 4 nach Ville über haupt nicht in Roubaix, sondern mit Seeger zusammen auf der Quartierwache im Ruisecke war. An keinem Standorte des Stabes sei auch nur die geringste Klage gegen den General laut geworden. Seeger hat bereits am 5. November eine Aussage gemacht, die anscheinend nicht rechtzeitig zur Gerichtsverhandlung angekommen ist.

Paris, 25. November. Die Meldung, daß die französische Regierung die Begnadigung des Generals von Rathaus beabsichtige, wird von zuständiger französischer Seite bestätigt. Bis zur Haftentlassung des Generals dürften vermutlich noch einige Tage vergehen, da vor dem ein Meinungs austausch zwischen dem deutschen Botschaft und dem Quai d'Orsay erfolgen wird.

Die ägyptische Krise

London, 25. November. Gestern nachmittags hat eine weitere Sitzung des Kabinetts über die ägyptische Frage stattgefunden. Alle weiteren Regierungstellen, besonders aber die direkt beteiligten Minister sind angestrengt tätig. In Lord Allenby sind neue Institutionen und Vollmachten eingesetzt worden. Er verfügt gegenwärtig über eine diktatorische Gewalt.

Aus Kairo wird gemeldet, daß Amr Pasha nach dem Rücktritt Bagdad Pasha mit der Bildung des Kabinetts neuerdings fertig ist. Ob sich aber die Hoffnung auf ein Nachgeben Ägyptens erfüllen wird, steht noch in Frage. Sicherheitlich trifft man Vorkehrungen, um im schlimmsten Falle des Konflikts gerüstet zu sein. Die englische Garnison in Ägypten beträgt 15 000 Mann. Im Sudan stehen 2 Bataillone. Die ägyptischen Truppen zählen etwa 6–7000 Mann und etwa 2 Bataillone, die im Sudan stehen, so daß zunächst die militärische Überlegenheit Englands gefestigt erscheint. Die Regierung plant außerdem die Belagernahme des Hollamites in Alfaridien, die Besetzung wichtiger Regierungsbauten in Kairo. Belegschaften von Post und Telegraph und schließlich die Entfernung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan. Zugleich werden scharfe und umfangreiche Maßnahmen freit man eine Verbündungsmöglichkeit an.

London, 25. November. Die englische Admirалität teilte gestern mit, daß die Schlachtkreiffe "Iron Duke" und "Walsorough" im Hafen von Malta den Befehl erhalten haben, das eine nach Alexandria und das andere nach Port Said auszubrechen. Ein leichter Kreuzer und zwei englische Zerstörer haben Befehl erhalten, nach dem Suezkanal zu fahren. — Nach Meldungen aus Kairo sind über ganz Ägypten die Belagerungsbestimmungen verhängt worden. Die ultimativen Maßnahmen der englischen Regierung, die in keiner Weise mit der ägyptischen Unabhängigkeit in Einklang gebracht werden können, erklärt man sich dadurch, daß England ein Exempel statuieren will, das auch auf Indien seine Wirkung nicht verschonen wird.

Kairo, 25. November. Das neue Ministerium ist gebildet. Das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten ist dem Gefunden in Rom, Ahmed Zulficar, angeboten worden. Imran Pasha führt dieses Amt bis zum Eintreffen der Antwort Zulficars. Im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe. Man ist allgemein der Ansicht, daß im Hinblick auf Zaghloul Paschas Rede in der Kammer das Parlament dem neuen Kabinett das Vertrauen aussprechen wird.

Tschangjolin in Peking

London, 25. November. Wie Reuter aus Peking meldet, ist Tschangjolin dort eingetroffen. Tsantschou, der das Präsidiumsamt übernommen hat, wird sich persönlich mit den internationalen Angelegenheiten befassen. Die gegen den früheren Kaiser angeordneten Freiheitsbeschränkungen wurden aufgehoben.

London, 25. November. Aus Peking wird gemeldet: Marschall Tschangjolin hat sich als einstweiligen Leiter der Staatsgeschäfte erklärt. Man nimmt an, daß der chinesische General Teng sich zum Rücktritt bereit erklären werde, wodurch die Verhandlungen mit Kupefu und den Gouverneuren der Provinzen sehr erleichtert würden.

London, 25. November. "Daily Mail" meldet aus Kōbe in Japan vom Montag den 24. November: Der Präsident von Südhina Sunjatzen, ist mit Frau und Sohn heute aus Shanghai hier eingetroffen. — "Daily Mail" meldet aus Tokio: Die japanische Presse meint, Sunjatzens grohe Bedeutung bei. Es werde hervorgehoben, daß er wiederholt für enge Zusammenarbeit zwischen Japan und China eingetreten sei. Sunjatzen gab eine Erklärung ab, in der er dem neuen chinesischen Präsidenten Tsantschou als den einzigen Mann bezeichnete, der imstande sei, gegenwärtig China zu regieren.

Hochverratsprozeß Wieczorek

Leipzig, 25. November. Vor dem vierten Strafgerichtsgerichtsbeginn gegen Mitglieder des Insurgentenverbandes in Oberschlesien. Im ganzen handelt es sich um etwa 90 Angeklagte. Zunächst hat sich der 24jährige Expedient Emil Wieczorek aus Bujakow in Polnisch-Oberschlesien zu verantworten, im In- und Auslande in den Jahren 1923/24 die gewaltfame Loslösung von Deutsch-Oberschlesien und seine An gliederung an Polen vorbereitet zu haben, und zwar durch seine Tätigkeit als Vorsitzender einer Ortsgruppe des Insurgentenverbandes. Dieser Verband, dem 15 000 Mitglieder angehören, erstreckt sich sowohl über Deutsch als auch Polnisch-Oberschlesien. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Rudolph aus Oppeln beantragte gemäß Paragraph 589 der deutsch-polnischen Genfer Konvention vom Mai 1922, die Auslegung der Bestimmungen der Konvention über das Vereinrecht durch das oberschlesische Schiedsgericht einzuholen. Der Senat lehnte diesen Antrag ab.

Hierauf wurde in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten. Angeklagter Wieczorek schilderte ausführlich die Gründung und Ziele des Verbandes ehemaliger Russlanddeutsche.

Neugestaltung des Steuersystems

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Wie nothwendig eine völlige Neugestaltung des heutigen bestehenden Steuersystems ist, haben die amtlichen Veröffentlichungen der letzten Zeit mit aller Deutlichkeit erwiesen. Man muß übrigens auch feststellen, daß in diesen amtlichen Darstellungen sich recht auffallende Widersprüche befinden. Als die übrigens einzige und in ihren Wirkungen kaum nach außen erkennbare Milderung gewisser bestehender Steuern bekannt gemacht wurde, ward das mit den erheblich höheren Eingängen begründet, die in der Tat über Erwartungen groß sich gestalteten. Wer über diese Dinge näher unterrichtet ist, weiß, daß das tatsächlich der Fall ist. Nun aber, nachdem in diesen Tagen der Abschluß des Reichshaushalts für 1924 amtlicherseits bekannt gemacht wurde, sprach man geradezu demonstrativ überholzt von Fehlbeträgen, obwohl man in derselben Darstellung mitgeteilt wurde, man hoffe, daß die Überschüsse das Defizit alsbold be seitigen würden.

So wohl der Reichsfinanzminister der Meinung war, daß die Steuerzahler wegen der Ankündigung von Steuermilderungen übermüdet werden! Es ist in der Tat gründlich dafür gesorgt, daß es keinen deutschen Staatsbürgern dieser Steuerpflichten wegen zu wohl wird! Aber zu bunt ist dieses Steuernein schon lange. Die Reichsregierung selber mußte in ihren verschiedenen amtlichen Bekanntmachungen zugeben, daß wir uns in einem Steuernirwarr befinden, der noch erklärt und in etwa gerechtfertigt werden konnte durch die Wirkung der Inflation, der aber jetzt so rasch als möglich verschwinden muß.

Wir haben heute noch eine ganze Reihe von Steuern, die unter dem Zeichen der Inflation, also vor über einem Jahr

in der Tat unerlässlich waren, um unter allgemeiner Einschränkung das Reich und seine Wirtschaft vor dem völligen Zerfall zu retten. Es hat sich damals darum gehandelt, vor allen Dingen die Rotenpreise stillzulegen, um die ungeheure Geldzehrung, die immer weiter das Geld verdreisterte, aufzuhalten. Es hat sich damals weiter darum gehandelt, mit robusten Mitteln den Ausgleich im Haushalt in Ausgaben und Einnahmen vorzunehmen und beides sollte dann die Stabilisierung der Währung und der neu geschaffenen Rentenwert bewirken. In der Tat hat diese Eisenbahn-Kur auch geholfen und es ermöglicht, daß wir heute nicht nur eine Balanzierung des Reichshaushalts, sondern auch recht erhebliche, bereits in die Hunderte von Millionen in Gold gehende Überschüsse im Reichshaushalt haben.

Infolgedessen wird jetzt — und auch das Reichsfinanzministerium könnte in diesem Punkte etwas beweisen — an die Schaffung eines wirklichen Steuersystems, an die Herstellung einer Steuerordnung hinstreichen der Veranlagung wie der Erhebung der Steuern herangetreten werden. Die Vorarbeiten dafür sind allerdings schon seit längerem im Gang, aber man ist offenbar etwas zu langsam in der Erfahrung von Wohnungen, die allerdings einen entscheidenden Bruch mit der Steuerpolitik des letzten Jahres bedeuten müßte, wobei jedoch festgestellt sei, daß diese Steuerpolitik die einzige mögliche war, um uns vor dem gänzlichen Verfall zu retten. Nachdem aber heute andere Voraussetzungen sind, hat der deutsche Staatsbürgers der Anspruch, daß ein offensichtliches Unrecht bestellt wird und auch im Steuersystem die Grundbedingungen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs erfüllt sind.

Der Verband entwickelte sich aus den nach den oberschlesischen Aufständen eingesetzten Liquidationskommissionen, die die Rechte und Ansprüche der ehemaligen Kämpfer regeln sollten. Als infolge der schlechten Wirtschaftslage die Entlassungen von Arbeitern begannen, sah der Verband auch für diese ein. Es wurden Leute jeder politischen Richtung aufgenommen. Er selbst war Vorsitzender der Ortsgruppe in Bujakow. Am 18. April 1924 sei er jedoch aus dem Verband ausgeschieden, und am 17. April erfolgte seine Verhaftung auf deutschem Boden. Hierauf wurden zur Klärung der Ziele des Verbandes dessen Satzungen verlesen, woraus sich ein wesentlich weiteres Betätigungsfeld als nach der Darstellung des Angeklagten ergibt. Namentlich ist die planmäßige militärische Ausbildung in engster Anlehnung an die polnischen Heeresorganisationen vorzusehen. Nach der Anklage ist das Hauptziel des Verbandes die gewaltsame Zerstörung Deutschoberschlesiens.

Zusammentritt des Sächsischen Landtages

Dresden, 26. November. Der sächsische Landtag wird am 10. Dezember wieder zusammenentreten. Er wird sich in dieser Sitzung in erster Linie mit der Regierungsvorlage über Steuerermäßigungen beschäftigen, die vorbehaltlich einer endgültigen Regelung vorliegt, die Arbeitgeberabgabe ab 15. Dezember um die Hälfte herabzusetzen, die Grundsteuer für landwirtschaftliche und gärtnerische Zwecke um 5% zu ermäßigen und schließlich von der Mietzinsteuer jene Personen zu befreien, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht mehr unterliegen, wie zum Beispiel die Kleinrentner. — Weitere Steuerermäßigungen sollen im Januar folgen.

Wahlversammlungen

Dresden-Blasewitz. Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr im Ratskeller Blasewitz, Chemnitzer Straße, Wählervereinigung.

Döbeln. Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr öffentliche Wählerverammlung in "Stadt Dresden". Referent Dr. Krone (Berlin).

Leipzig. Donnerstag, den 27. November, abends 8 Uhr öffentliche Wählerverammlung. Referent Dr. Teutsch.

Reichenbach. Donnerstag, den 27. November, abends 8 Uhr öffentliche Wählerverammlung. Referent Dr. Krone (Berlin).

Bautzen. Sonnabend, den 29. November Wahlversammlung abends 7.30 Uhr in Bautzniw.

Kötzschenbroda. Sonnabend, den 29. November Wahlversammlung abends 7.30 Uhr in Kötzschenbroda.

Wilsdruff. Sonntag, den 30. November, nachmittags 3.30 Uhr Wahlversammlung im Gerichtsamt.

Döbeln. Sonntag, den 30. November, abends 7.30 Uhr Wahlversammlung im Gasthof.

Die sächsischen Beamtengehälter

(L) Dresden, 25. November. Nachdem der Reichsrat den von der Reichsregierung beabsichtigten Erhöhungen der Grundgehälter und der sozialen Zusätze der Reichsbeamten vorläufig zugestimmt hat, wird die sächsische Regierung, wie wir hören, sofort Veranlassung nehmen, die gleiche Erhöhung auch für die sächsischen Beamten durchzuführen. Der zuständige Ausschuss des Landtages ist bereits ersucht worden, möglichst noch im Laufe dieser Woche zusammenzutreten, um der Regierung zur vorläufigen Auszahlung der Erhöhung vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung die erforderliche Ermächtigung zu erteilen. Die Erhöhungen müssen sich infolge des Besoldungsgesetzes in Übereinstimmung mit der Reichsregelung halten, obwohl diese von der sächsischen Regierung für die unteren Beamtengruppen als völlig unzureichend angesehen werden. Die Regierung hat daher sowohl bei den Verhandlungen, als auch im Reichsrat eine weitgehende Aufsicht für die unteren Gruppen nachdrücklich vertreten und sie kann nur beklagen, daß es zurzeit nicht möglich gewesen ist, diese Anträge zur Eingabe zu bringen.

13 Wahlvorschläge für Chemnitz-Zwickau

In öffentlicher Sitzung des Kreiswahlausschusses wurden am Sonntag die Wahlvorschläge von folgenden Parteien zugestimmt:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Deutschnationale Volkspartei; Deutsche Zentrumspartei; Kommunisten; Deutsche Volkspartei; Nationalsozialistische Freiheitbewegung; Deutsche Demokratische Partei; Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes; Bürger-Bund; Partei für Volkswohlfahrt; Partei Starbund; Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Freibauernpartei und J. F. J. (Freiland, Freigeld.)

Eingerichtet hatten noch Vorschläge die Deutsch-sociale Partei (Partei der Aufwertung) und der Reichsbund für Aufwertung: Sie wurden abgelehnt, da die geplanten Voraussetzungen nicht ganz gewahrt waren. Die Aufwertungs- und Wiederaufbau-Partei hatte zwar am 26. November, dem letzten zulässigen Termin, telegraphisch einen Wahlvorschlag angefordert, der aber bis zum gestrigen Sonntag nicht eingegangen war; er kam deshalb nicht mehr in Frage.

3 Aufwertungsparteien

Während im Dresdner Bezirk sich zwei sog. genannte Aufwertungsparteien gegenüberstehen, sind es im Zwickauer Kreis sogar drei. Die ganze Sachlichkeit, die hierin liegt, kommt zum Bewußtsein, wenn man bedenkt, daß jedes der "Parteien" andere Ziele hat, daß die eine vom Sozialdemokraten Dr. Heine, die andere von einem beschäftigungslosen Schriftsteller, und die dritte ebenfalls von mandatärsstämmigen Gelegenheitspolitikern geführt wird, man will eben das große

Problem des verarmten Mittelstandes ausmachen, um vielleicht und politisch Unzufriedene in die Täuschung zu versetzen, als ob etwa ein bis zwei "Aufwertungsparteien" bei fast 500 Reichsabgeordneten irgendwelchen Einfluß in der Aufwertungsfrage ausüben könnten würden. — In Blaues kam es anlässlich einer Aufwertungsversammlung zu einem identischen Zusammenschluß mit dem Chemnitzer Handelsrat der Aufwertungspartei, einem völlig unbekannten Herrn Högl, der schließlich unter großer Unruhe der Versammlung das Votum verlassen mußte.

* Ermäßigung der jugoslawischen Visumgebühr. Nach einer Mitteilung der Repräsentanz des dalmatinischen Fremdenverkehrsverbandes Dubrovnik (Ragusa) in Wien wurde die jugoslawische Visumgebühr für jene Erholungstreisenden, welche einen mindestens 14-tägigen Aufenthalt in Ragusa oder einem der dalmatinischen Küstengebiete Jugoslawiens nehmen, auf 10 Dinari herabgesetzt. Alle Auskünfte über die Bedingungen für die Belebung dieses außerordentlich ermäßigten Preises sowie über die während der Wintersaison 1924/25 besonders ermäßigten Hotelpreise und 40 Prozent ermäßigte Schiffspreise erhielt kostenlos die Repräsentanz des dalmatinischen Fremdenverkehrsverbandes Dubrovnik (Ragusa) Wien 1, Künigertstraße 53 (Eingang Mohlerstraße 2, Wiener Nebbüro).

Berliner Börse

| | | |
|-----------------|----------|--------|
| Deutsche Börse | 6.11 | 4.11 |
| Deutsche Börse | 10.5 | 31 |
| Gesamt-Markt | 13.75 | — |
| Chem. Betriebe | 19.87 | 20 |
| Deutsche Börse | 10.37 | 10.225 |
| Aut. Motorräder | 2.75 | 2.975 |
| Reichsbahn | 1.8 | 10.7 |
| Reichsbahn | 1.37 | — |
| Reichsbahn | 0.1 | 20.75 |
| Reichsbahn | 0.6 | 10.8 |
| Reichsbahn | 42.95 | 43.15 |
| Reichsbahn | 3.4 | 3.1 |
| Reichsbahn | 16.12 | — |
| Weltbank | 40 | 38 |
| Weltbank | 10.15 | 9.3 |
| Weltbank | 1.27 | 10 |
| Weltbank | 14.7 | 14.7 |
| Weltbank | 7 | 7.25 |
| Weltbank | 2.81 | 6 |
| Weltbank | 118.72 | 11.5 |
| Weltbank | 10.15 | 12.5 |
| Weltbank | 5.75 | 6.1 |
| Weltbank | 10.4 | 10.4 |
| Weltbank | 1.15 | — |
| Weltbank | 4.8 | — |
| Weltbank | 24.5 | 27 |
| Weltbank | 3.125 | 3.125 |
| Weltbank | 1.75 | 1.75 |
| Weltbank | 16.75 | 16.75 |
| Weltbank | 1.75 | 1.75 |
| Weltbank | 1.75</td | |